



25.07.2011

Mitteilungen an die AHV-Ausgleichskassen und EL-Durchführungsstellen Nr. 288

Intertemporalrechtliche Anwendung der Verwirkungsfristen

Aufgrund verschiedener Anfragen von IV-Stellen und Ausgleichskassen sowie diverser bundesgerichtlicher Urteile (vgl. [8C 233/2010](#) vom 7. Januar 2011, [8C 262/2010](#) vom 12. Januar 2011, [9C 973/2010](#) vom 10. März 2011, [9C 1033/2010](#) vom 31. März 2011, [9C 42/2011](#) vom 27. April 2011) möchten wir in Ergänzung des IV-Rundschreibens Nr. 253 folgende Punkte zur intertemporalrechtlichen Anwendung der Verwirkungsfristen festhalten:

Der im Rahmen der 5. IV-Revision aufgehobene aArt. 48 IVG legte fest, wie lange ein Anspruch auf Leistungen der IV geltend gemacht werden konnte, er regelte mithin die Frage der Verwirkung. Danach erlosch der unangemeldete Anspruch - in Abweichung von Artikel 24 Absatz 1 ATSG - zwölf Monate nach seinem Entstehen, wobei die Frist in dem Zeitpunkt zu laufen begann, in welchem der Anspruch auf die einzelne Leistung entstanden war und die versicherte Person den anspruchsbegründenden Sachverhalt kennen konnte (vgl. Urteil [8C 233/2010](#) vom 7. Januar 2011 E. 4.2.2).

Seit dem 1. Januar 2008 gilt grundsätzlich die Regelung von Art. 24 Abs. 1 ATSG, wobei für Renten Art. 29 Abs. 1 IVG und für Massnahmen beruflicher Art und Integrationsmassnahmen Art. 10 Abs. 1 IVG zu berücksichtigen sind. Gemäss Art. 24 Abs. 1 ATSG erlischt der Anspruch auf ausstehende Leistungen fünf Jahre nach dem Ende des Monats, für welchen die Leistung geschuldet war.

Nach allgemeinen übergangsrechtlichen Grundsätzen ist bei Fehlen einer die Frage regelnden Übergangsbestimmung die Verwirkungsordnung des neuen Rechts auf unter dem alten Recht entstandene (fällige) Ansprüche anwendbar, sofern diese bei Inkrafttreten des neuen Rechts noch nicht verwirkt sind ([BGE 131 V 425](#) E. 5.2). Dies bedeutet grundsätzlich, dass in Fällen, bei welchen bis zum 1. Januar 2008 - dem Inkrafttreten des neuen Rechts - keine Anmeldung des Anspruchs erfolgt war, ab diesem Zeitpunkt die Verwirkungsfrist von aArt. 48 Abs. 2 IVG nicht mehr anwendbar war. Am 31. Dezember 2007 waren mit anderen Worten gestützt auf diese Bestimmung alle Ansprüche verwirkt, die bis zum 1. Januar 2007 entstanden waren. Mit dem Ausserkrafttreten von aArt. 48 Abs. 2 IVG wurde somit Art. 24 Abs. 1 ATSG sofort und uneingeschränkt anwendbar, d.h. es gilt eine fünfjährige Verwirkungsfrist ab Entstehung des - am 1. Januar 2008 nach altem Recht noch nicht verwirkten - Anspruchs auf die einzelne Leistung.

Beispiel:

Eintritt Versicherungsfall HE	Anmeldung	Auszahlung der HE ab:	Gesetzliche Grundlage
-------------------------------	-----------	-----------------------	-----------------------

